

Sperrfrist 16.11.2023

Streikzeit – nachvollziehbar oder nervig?

Befragungszeitraum: 10.11. – 14.11.2023

23.452 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Streiks:

- ⇒ Zwei Drittel grundsätzlich pro Streik...
- ⇒ ... aber jeder Zweite findet, es wird zu oft gestreikt
- ⇒ **Große Sympathien für Streiks im Einzelhandel – aber kaum für Lokführer**
- ⇒ Bei zwei Drittel sinkt Verständnis, wenn Streiks zu lang dauern...
- ⇒ ... oder zu besonders „fiesen“ Zeitpunkten stattfinden
- ⇒ Generell weniger Verständnis für Streiks, die die Öffentlichkeit treffen
- ⇒ Mehrheit blickt aktuell gelassen auf Streiks der kommenden Wochen
- ⇒ Jeder Zweite für Generalstreik auch in Deutschland

Tarifsteigerungen in Zeiten von Inflation:

- ⇒ Hohe Tarifsteigerungen in Zeiten von Wirtschaftsflaute? Teilnehmer uneinig
- ⇒ Große Mehrheit fürchtet Lohn-Preis-Spirale
- ⇒ Hohe Tarifforderungen: Lieber bei guter Wirtschaftslage – als bei Inflation

Öffentlicher Dienst / Beamte / Pensionäre:

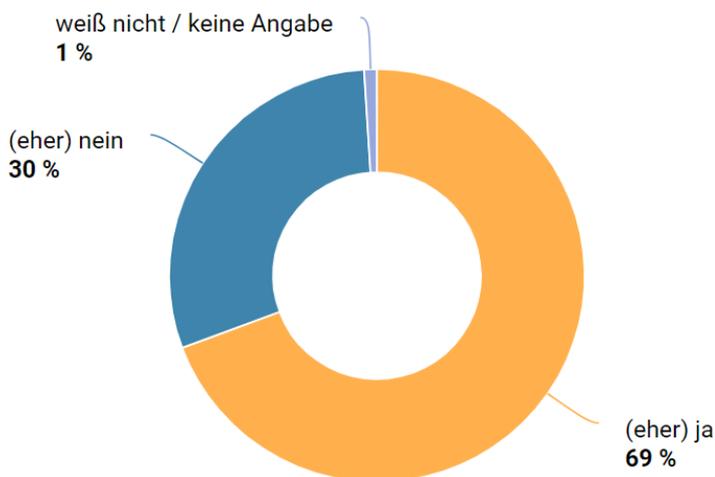
- ⇒ **10,5 % mehr für Öffentlichen Dienst: Mehrheit findet Forderung zu hoch**
- ⇒ Mehrheit glaubt nicht, dass mehr Lohn Fachkräfteproblem im ÖD löst
- ⇒ Beamte profitieren vom Arbeitskampf der anderen: Mehrheit dagegen...
- ⇒ ... erst recht bei Beamten im Ruhestand
- ⇒ Inflationsausgleichsprämie auch für Pensionäre: große Ablehnung

Die Ergebnisse im Detail:

Zwei Drittel grundsätzlich pro Streik...

Aktuell drohen diverse Streiks – und grundsätzlich haben die meisten MDRfragt-Teilnehmer Verständnis für dieses Mittel des Arbeitsmittelkampfes: Gut zwei Drittel (69 %) haben so geantwortet. Jeder Dritte spricht sich tendenziell eher gegen Streiks aus und findet, Tarifverhandlungen sollten auch ohne möglich sein.

Frage: Ob bei Lehrkräften, Pflegepersonal, Lokführern oder im Einzelhandel zur Weihnachtszeit: In den kommenden Wochen und Monaten drohen in Deutschland diverse Arbeitsniederlegungen. Ganz allgemein: Haben Sie Verständnis für das Mittel des Streiks im Rahmen von Tarifverhandlungen?

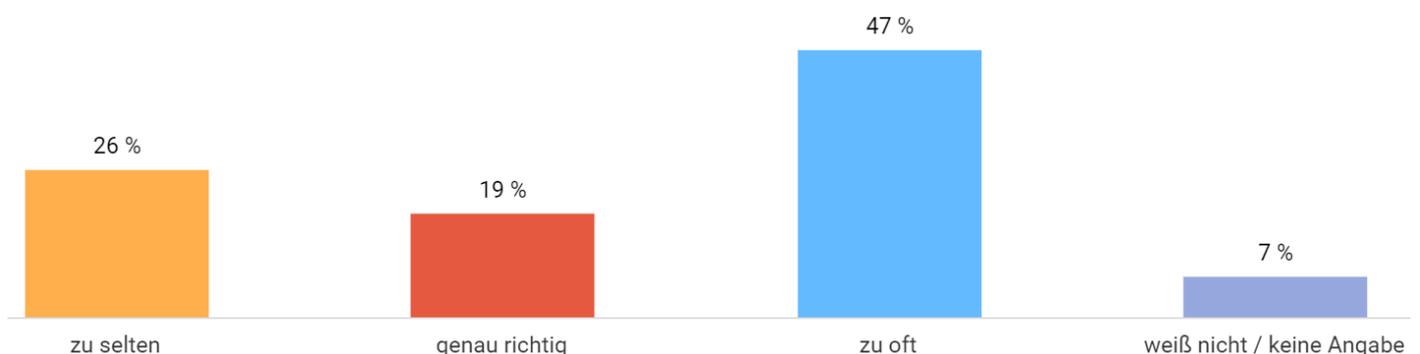


2

... aber jeder Zweite findet, es wird zu oft gestreikt

Gleichzeitig sagen 47 Prozent – also fast jeder Zweite – dass in Deutschland zu oft gestreikt werde. Jeder Fünfte (19 %) ist der Meinung, das Arbeitskampfmittel werde genau im richtigen Maß eingesetzt und in den Augen von gut jedem Vierten (26 %) könnten Streiks in Deutschland sogar öfter als bislang Anwendung finden.

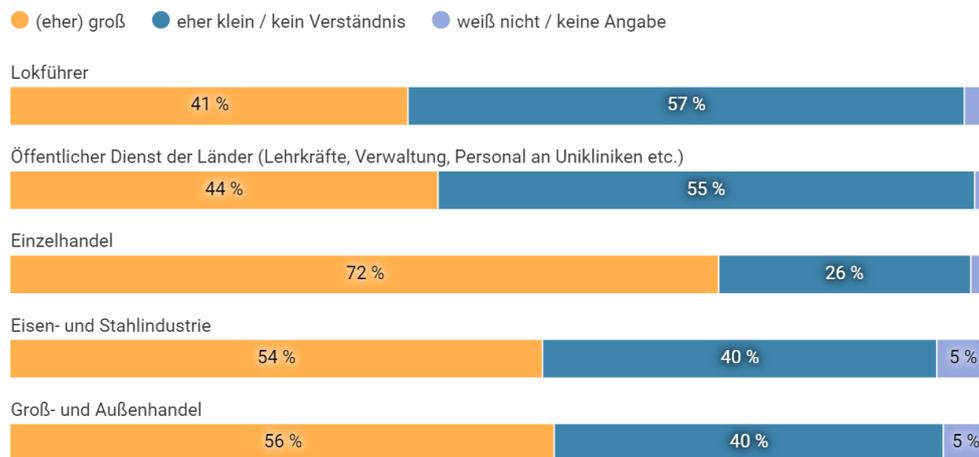
Frage: Wird das Mittel des Streiks in Ihren Augen in Deutschland zu häufig, zu selten oder genau richtig angewandt?



Große Sympathien für Streiks im Einzelhandel – aber kaum für Lokführer

Bei den Streiks, die in den kommenden Wochen drohen, liegen die Fachkräfte im Einzelhandel beim Thema Sympathien eindeutig vorne: Für sie haben knapp drei Viertel der MDRfragt-Teilnehmer Verständnis (72 %), für die Lokführer – die in der Vergangenheit Deutschland mitunter über Wochen hinweg beim Thema Bahnstreiks lahmgelegt haben – haben nur 41 Prozent Verständnis. Diese haben ihre Sympathien also offenbar bei einem Großteil mittlerweile verspielt und bilden das Schlusslicht.

Frage: Kommen wir nun konkret zu den Streiks, die in den kommenden Wochen und Monaten drohen. Wie groß fällt Ihr Verständnis für Streiks in den folgenden Branchen / Bereichen aus?

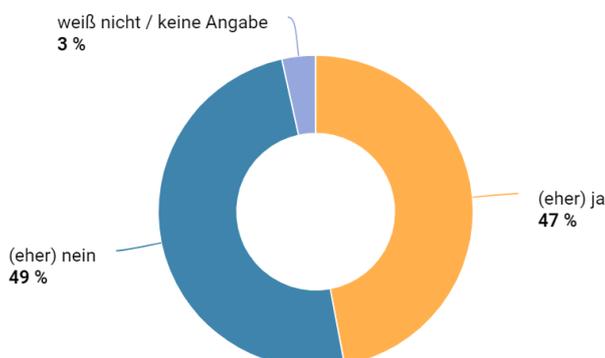


3

Jeder Zweite hat weniger Verständnis für Streiks, die die Öffentlichkeit treffen

Einige Streiks treffen – zumindest zunächst – fast ausschließlich den Arbeitgeber, etwa bei Stahlarbeitern. Andere Streiks – wie zum Beispiel bei der Bahn – stören erheblich den Alltag vieler Menschen. Für die MDRfragt-Teilnehmer macht das einen großen Unterschied in der Bewertung der Streiks: Knapp jeder Zweite (49 %) hat angegeben, dass er für Streiks, die die Öffentlichkeit treffen, nicht so viel Verständnis aufbringt, wie für solche Streiks, die sich fast ausschließlich gegen den Arbeitgeber richten. Die andere Hälfte (47 %) sieht für sich keinen Unterschied.

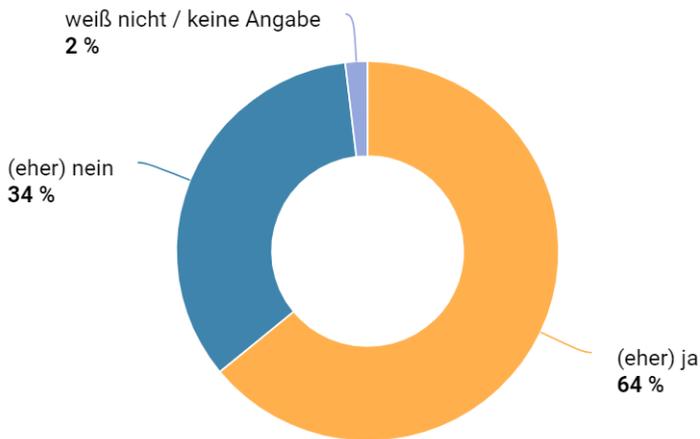
Frage: Einige Streiks treffen zunächst in erster Linie den Arbeitgeber (zum Beispiel in der Stahl- oder Eisenindustrie), andere haben direkte Auswirkungen für die breite Öffentlichkeit (zum Beispiel bei Lokführer-, Lehrkräfte- oder Einzelhandelsstreiks). Macht das für Sie einen Unterschied: Haben Sie für Streiks, die sofortige Folgen für den Alltag vieler Menschen haben, genauso viel Verständnis wie für Streiks, die in erster Linie die Arbeitgeber treffen?



Es gibt ein „Zuviel“ beim Thema Streik – bei zwei Drittel sinkt Verständnis, wenn Streiks zu lang dauern...

Knapp zwei Drittel der MDRfragt-Teilnehmer (64 %) haben angegeben, dass Ihr Verständnis für Streikende mit der Zeit schwindet, wenn die Streiks sich über einen langen Zeitraum ziehen bzw. häufig hintereinander zum Einsatz kommen. Für gut jeden Dritten (34 %) ist Ausdauer beim Thema Streik hingegen in Ordnung und ein probates Mittel im Arbeitskampf.

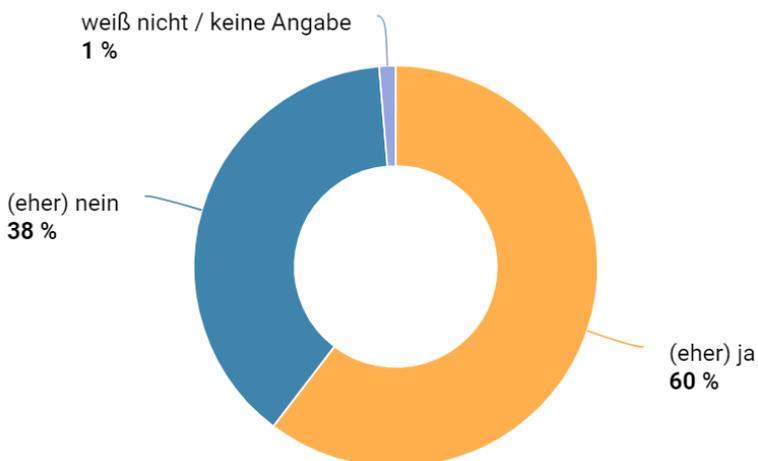
Frage: *Schwindet Ihr Verständnis für Streiks, wenn diese sich über einen längeren Zeitraum ziehen beziehungsweise gehäuft hintereinander stattfinden?*



4 ... oder zu besonders „fiesen“ Zeitpunkten stattfinden

Streiks sollen wehtun – aber in den Augen der meisten MDRfragt-Teilnehmer (60 %) ist die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gewahrt, wenn explizit Zeitpunkte für die Streiks ausgewählt werden, die der Öffentlichkeit besonders schaden – wie etwa im Einzelhandel zu Weihnachten oder bei der Bahn in den Ferien. Das Verständnis für die Streiks schwindet dann. 38 Prozent sehen das anders und haben genauso viel Verständnis für Streiks zu den besonders „fiesen“ Zeitpunkten.

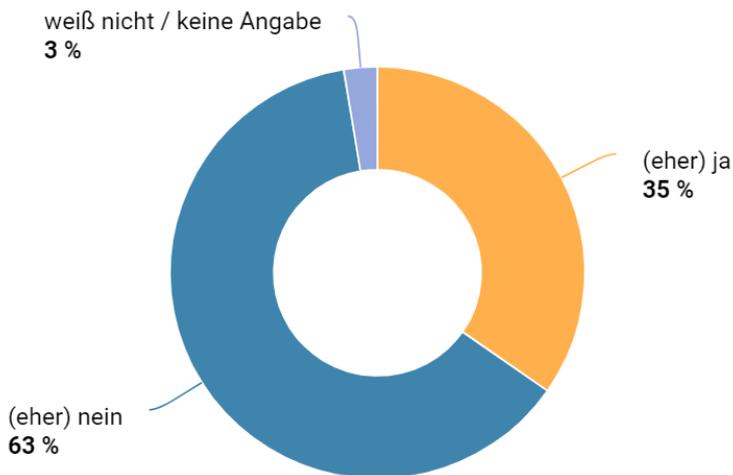
Frage: *Und schwindet Ihr Verständnis für Streiks, wenn diese zu Zeitpunkten stattfinden, die der Öffentlichkeit besonders wehtun? (Zum Beispiel Streik im Einzelhandel an Weihnachten, Bahn-Streiks in den Ferien etc.)*



Mehrheit blickt aktuell gelassen auf die Streiks der kommenden Wochen...

Die ersten Streiks an Unikliniken etc. laufen bereits. Doch bislang bereitet das 63 Prozent der MDRfragt-Teilnehmer eher kein Kopfzerbrechen. Jeder Dritte (35 %) blickt hingegen eher sorgenvoll auf die drohenden Streikwochen.

Frage: Und bereiten Ihnen die Warnstreiks und Streiks, die für die kommenden Wochen angekündigt sind, Sorge?

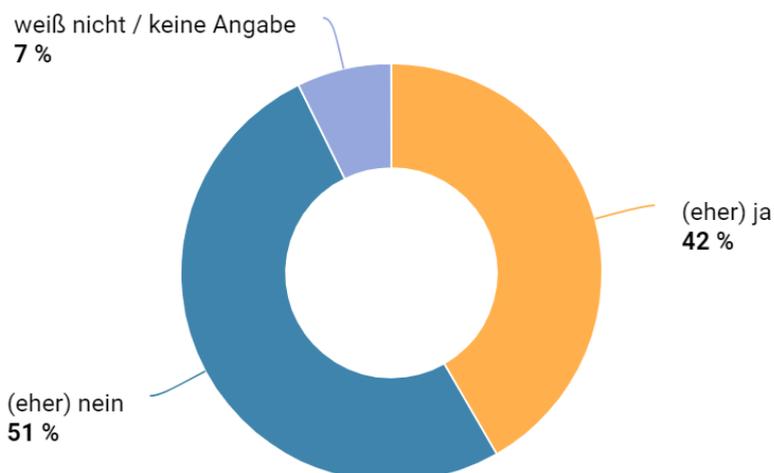


... und jeder Zweite würde sich auch Generalstreiks in Deutschland wünschen

5

In Deutschland dürfen Streiks nur im Rahmen von Tarifverhandlungen angewendet werden. In anderen Ländern, wie etwa Frankreich, werden Streiks auch genutzt, um politische Forderungen durchzusetzen – in Deutschland sind solche Generalstreiks verboten. Gut jeder Zweite (51 %) würde sich jedoch wünschen, dass es auch in Deutschland erlaubt sein sollte, seine Arbeit für politische Forderungen niederzulegen. 42 Prozent halten das Verbot des Generalstreiks hingegen für richtig.

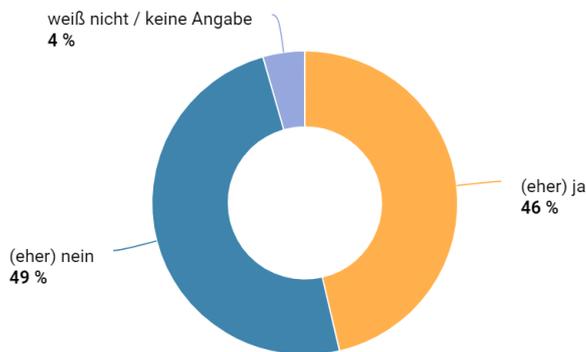
Frage: In Deutschland sind Streiks von Angestellten als Mittel des Arbeitskampfes in Tarifkonflikten erlaubt. Ein Generalstreik, mit dem ein politisches Ziel verfolgt wird, ist in Deutschland vom Streikrecht nicht gedeckt. In anderen Länder Europas (wie z.B. Dänemark oder Frankreich) sind Streiks auch zulässig, um politische Forderungen durchzusetzen. Halten Sie es für richtig, dass es in Deutschland nicht erlaubt ist, die Arbeit niederzulegen, um politische Forderungen durchzusetzen?



Hohe Tarifsteigerungen in Zeiten von Wirtschaftsflaute? MDRfragt-Teilnehmer uneinig

Die Forderungen der Gewerkschaften fallen aktuell sehr hoch aus – begründet wird dies mit der ebenfalls hohen Inflation. Doch die macht auch den Arbeitgebern zu schaffen. Jeder zweite MDRfragt-Teilnehmer (49 %) hält die Gewerkschaftsforderungen daher aktuell für überzogen und nicht darstellbar. Die andere Hälfte (46 %) hat Verständnis für die Forderung nach Lohnzuwächsen im mitunter zweistelligen Bereich.

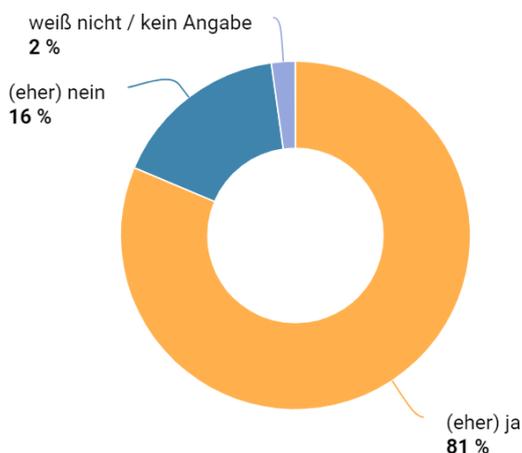
Frage: Die Gewerkschaften gehen aktuell mit hohen Forderungen in die Verhandlungen, teils geht es um Lohnzuwächse von zehn Prozent und mehr. Begründet wird dies mit der zuletzt hohen Inflation. Gleichzeitig sagen die Arbeitgeber, dass sie selbst unter der Inflation leiden und aufgrund der gestiegenen Ausgaben solche Tarifsteigerungen nicht tragen können. Ganz allgemein: Halten Sie hohe Tarifsteigerungen in Zeiten von hoher Inflation und gleichzeitiger Wirtschaftsflaute für angemessen?



6 Große Mehrheit fürchtet Lohn-Preis-Spirale

Einige Experten warnen davor, dass hohe Tarifsteigerungen zu einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale führen könnten – also dass die Arbeitgeber die gestiegenen Lohnkosten in Form von höheren Preisen oder Steuern (Öffentlicher Dienst) an die Bürger weitergeben könnten – wodurch die Inflation erneut angekurbelt wird. 81 Prozent der MDRfragt-Teilnehmer haben vor solch einer Spirale Sorge. Eine Minderheit von 16 Prozent fürchtet einen derartigen Effekt nicht.

Frage: Und haben Sie Sorge vor einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale – also davor, dass Unternehmen gestiegene Lohnkosten in Form von Preiserhöhungen an die Verbraucher weitergeben und damit wieder die Inflation deutlich beeinflussen?



Hohe Tarifforderungen: Lieber bei guter Wirtschaftslage – als bei Inflation

Die Tarifforderungen der Gewerkschaften sind meist in zwei Fällen besonders hoch: Einerseits, wenn die Wirtschaft brummt – dann sollten die Mitarbeiter Anteil an den Gewinnen haben. Andererseits – so wie jetzt – als Ausgleich, wenn die Inflation besonders hoch ist. Geht es nach den MDRfragt-Teilnehmern, sind die aktuellen Forderungen weniger angemessen – die meisten (46 %) halten hohe Tarifsteigerungen eher bei guter Wirtschaftslage für gerechtfertigt. 38 Prozent sehen zwischen den beiden Fällen – Inflation und gute Wirtschaftslage – in punkto Tarifsteigerung keinen Unterschied. Und 7 Prozent halten hohe Tarifsteigerungen insbesondere bei hoher Inflation für gerechtfertigt.

Frage: Bei brummender Wirtschaft fordern die Gewerkschaften von den Arbeitgebern hohe Lohnzuwächse, mit dem Argument, die Beschäftigten sollten auch etwas von den erwirtschafteten Gewinnen haben. In der aktuell angespannten Wirtschaftslage fordern die Gewerkschaften hohe Tarifsteigerungen, damit die Beschäftigten die Inflation ausgleichen können. Wann haben Sie mehr Verständnis für hohe Tarif-Forderungen?

bei guter Wirtschaftslage



in beiden Fällen gleich



7
weiß nicht / keine Angabe



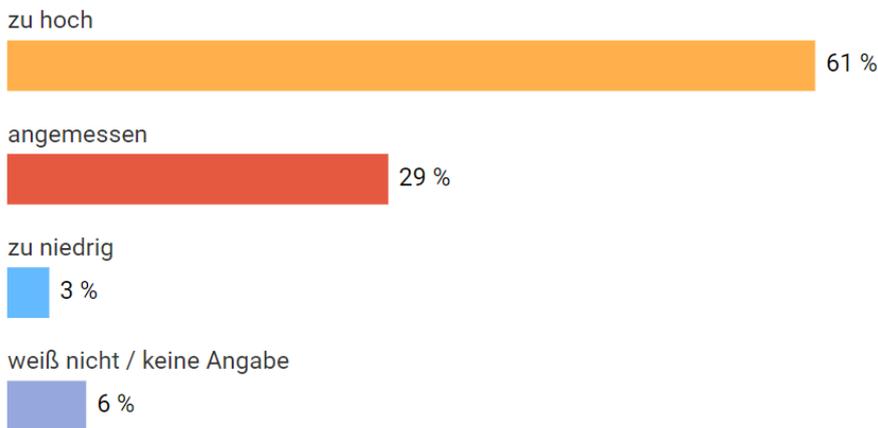
bei hoher Inflation



10,5 Prozent mehr für Öffentlichen Dienst: Mehrheit findet diese Forderung zu hoch...

Akut laufen derzeit die Verhandlungen im Öffentlichen Dienst – an diversen Standorten wird in diesen Tagen gestreikt. In den Augen der MDRfragt-Teilnehmer sind die Gewerkschaftsforderungen von 10,5 Prozent mehr Lohn jedoch überzogen – 61 Prozent halten das für zu hoch. Jeder Dritte sieht darin eine angemessene Verhandlungsbasis und für 3 Prozent sind die Forderungen zu niedrig angesetzt.

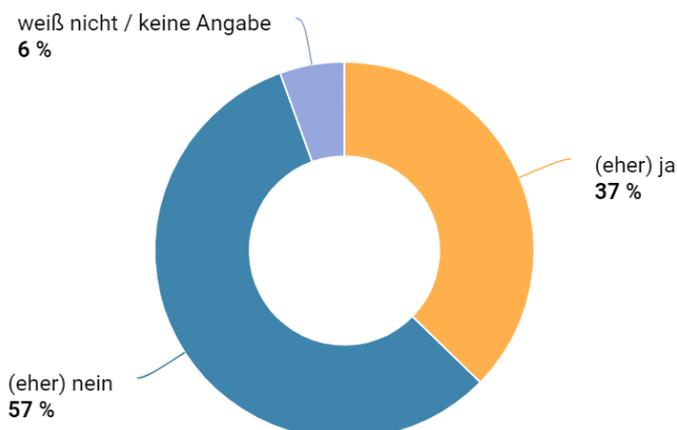
Frage: Kommen wir nun konkret zum Öffentlichen Dienst. Derzeit laufen die Verhandlungen für Beschäftigte der Länder. Zu ihnen zählen unter anderem Lehrkräfte, Personal an Hochschulen und Unikliniken und in Verwaltungen. Die Gewerkschaften fordern derzeit eine Lohnerhöhung von 10,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Länder halten das angesichts klammer Kassen für zu viel. Wie finden Sie die Forderung von 10,5 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten im Öffentlichen Dienst der Länder?



... und glaubt auch nicht, dass das gegen den Fachkräftemangel wirkt

57 Prozent der MDRfragt-Teilnehmer gehen nicht davon aus, dass die geforderte Lohnerhöhung dazu beitragen kann, den Fachkräftemangel im Öffentlichen Dienst zu beheben. Gut jeder Dritte (37 %) teilt die Auffassung der Gewerkschaft, dass die Lohnerhöhung mehr Leute in diese Berufe ziehen würde.

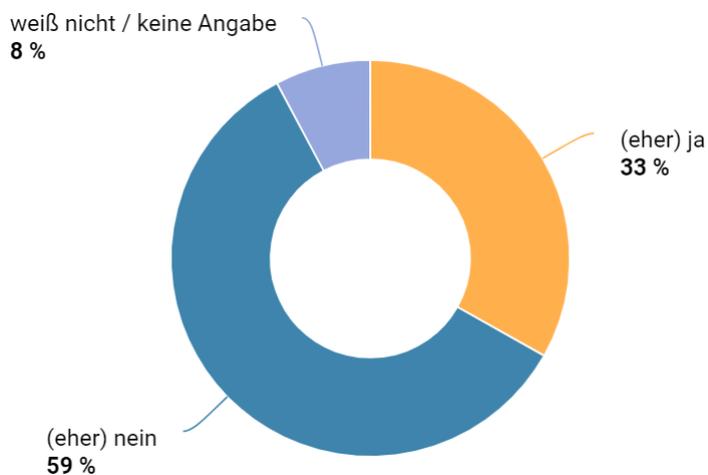
Frage: Im öffentlichen Dienst sind bundesweit mehr als 300.000 Stellen unbesetzt. In den laufenden Tarifverhandlungen fordern Gewerkschaften neben den Lohnerhöhungen für Angestellte auch, dass die Auszubildenden monatlich 200€ mehr bekommen. Diese Tarifänderungen soll mehr Leute in diese Berufe ziehen. Helfen Ihrer Meinung nach die geforderten Lohnsteigerungen und Zuschläge für Nachwuchskräfte, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken?



Beamte profitieren vom Arbeitskampf der anderen: Mehrheit findet das nicht richtig...

Beamte dürfen selbst nicht streiken – die Tarifsteigerungen, die die Gewerkschaften zusammen mit den Angestellten erkämpfen, werden allerdings in der Regel auch für Beamte angewendet. 59 Prozent der MDRfragt-Teilnehmer halten das für nicht richtig. Für jeden Dritten ist diese Regelung so in Ordnung.

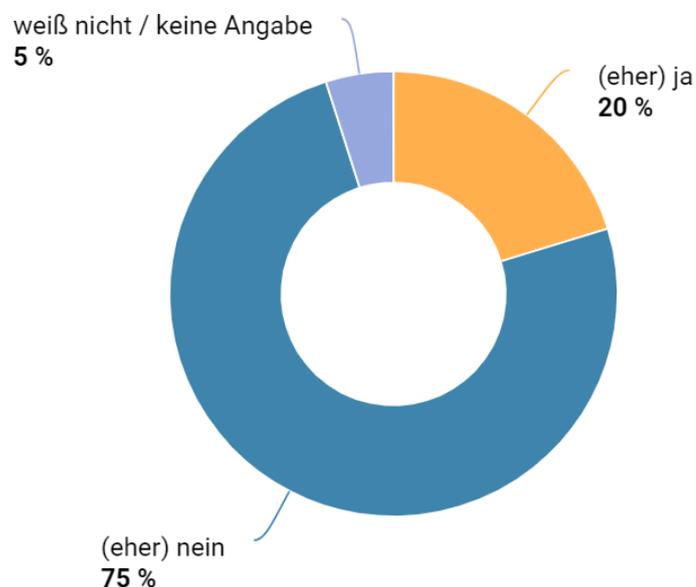
Frage: Beamte sind unkündbar, dürfen aber auch nicht streiken. Die Tarifierhöhungen für Angestellte im Öffentlichen Dienst werden üblicherweise von den Ländern auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Finden Sie das richtig?



9 ... erst Recht nicht bei Beamten im Ruhestand

Auch Beamte im Ruhestand – also Pensionäre – profitieren in der Regel vom Arbeitskampf der anderen. Dies stößt unter den MDRfragt-Teilnehmern auf noch weniger Zustimmung: Drei Viertel lehnen diesen Automatismus ab. Jeder Fünfte befürwortet die Regelung.

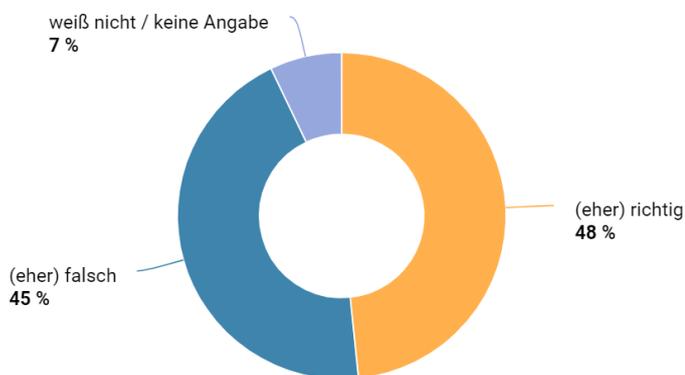
Frage: Ebenso werden Tarifierhöhungen für Angestellte üblicherweise auch auf die Zahlungen an Beamtinnen und Beamte im Ruhestand (Pensionäre) übertragen. Finden Sie das richtig?



Inflationsausgleichsprämie: Geteilte Meinung zu im Öffentlichen Dienst Arbeitenden...

Bis zu 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie dürfen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern derzeit steuerfrei auszahlen. Die Gewerkschaften fordern das auch für den Öffentlichen Dienst. Die Meinung der MDRfragt-Teilnehmer dazu ist gespalten: Die Hälfte (48 %) befürwortet diese Forderung – die andere Hälfte (45 %) fände eine solche Prämie im Öffentlichen Dienst eher falsch.

Frage: Die Bundesregierung ermöglicht derzeit, dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten bis zu 3.000 Euro Inflationsausgleich steuerfrei auszahlen können. In zahlreichen Tarifabschlüssen wurde dieser Bonus vereinbart, so zum Beispiel auch vor wenigen Monaten für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Wie finden Sie es, wenn Beschäftigte im Öffentlichen Dienst den Inflationsausgleich bekommen?

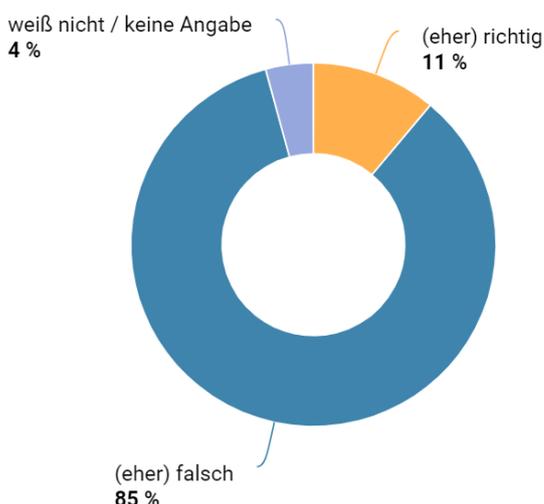


10

... und große Ablehnung für Pensionäre

Da die Tarifergebnisse üblicherweise auch auf Pensionäre übertragen werden, werden voraussichtlich auch die Pensionäre von einer Inflationsausgleichsprämie profitieren – im Gegensatz zu den Rentnerinnen und Rentnern, die dieses Instrument nicht erhalten haben. So gut wie alle MDRfragt-Teilnehmer (85 %) halten dies für falsch – 11 Prozent befürworteten es, wenn ggf. auch Pensionäre die Inflationsausgleichsprämie erhalten.

Frage: Beim Tarifabschluss von Bund und Kommunen wurden die Vereinbarungen auch auf Pensionärinnen und Pensionäre übertragen. In der Folge erhielten Beamtinnen und Beamte im Ruhestand ebenfalls die steuerfreie Inflationsprämie in Höhe von 3.000 – im Gegensatz zu Rentnerinnen und Rentnern. Wie finden Sie diese Entscheidung?





Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Der Blick in die Untergruppen:

Beim Blick in die Altersgruppen fällt eines auf: Je jünger die Teilnehmer, umso mehr Verständnis haben sie für Arbeitskampf, Streiks und hohe Tarifforderungen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Befragung. Einzige Ausnahme: Die Sympathien für den Generalstreik sind bei den unter 30-Jährigen geringer als bei den älteren Teilnehmern.

Auch bei den Geschlechtern zeigen sich diese Unterschiede: In der Tendenz haben Männer etwas mehr Verständnis für Streiks und hohe Tarifforderungen als Frauen.

Nachvollziehbar: Beamte oder Angestellte des Öffentlichen Dienstes sehen die Forderungen der Gewerkschaften für den Öffentlichen Dienst deutlich positiver als die übrigen Teilnehmer. Auch die Tatsache, dass die Tarifvereinbarungen üblicherweise auf Beamte übertragen werden, befürworten Beamte überwiegend, während die restliche Teilnehmerschaft dies mehrheitlich ablehnt. Ebenso erhält eine Auszahlung der Inflationsprämie an Beamte sowie an Beamte im Ruhestand unter den Betroffenen – den Beamten – deutlich mehr Zustimmung als bei den anderen Teilnehmern.

Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 10. Bis 14. November 2023 stand unter der Überschrift:
"Streikzeit – nachvollziehbar oder nervig?"

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.918 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet
(Stand 14.11.2023, 10 Uhr).

23.452 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	214 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.930 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.802 Teilnehmende
65+:	10.506 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	11.994 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.779 (25 Prozent)
Thüringen:	5.679 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	10.027 (43 Prozent)
Männlich:	13.361 (57 Prozent)
Divers:	64 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.